

Grossratsprotokoll

November 2001

Heft 4|2001/2002

Das vorliegende Dokument führt die im amtlichen Grossratsprotokoll an verschiedenen Orten aufgeführten Inhalte systematisch geordnet zusammen.

Im amtlichen Grossratsprotokoll können die nachfolgenden Texte an folgenden Stellen nachgelesen werden:

Eintretensdebatte:

Seite 362: Antrag der Kommission
Seite 369: Beschluss des Grossen Rates
Seite 441 ff.: Eintretensdebatte
Seite 454 ff.: Fortsetzung der Eintretensdebatte

Detailberatung:

Seite 372 f.: Anträge von Kommission und Regierung
Seite 468 ff.: Detailberatung
Seite 373: Beschluss des Grossen Rates

Mittwoch, 28. November 2001

Schlussitzung

Vorsitz: Standespräsident Rodolfo Plozza und Standesvizepräsident Vitus Locher
Protokollführer: Beat Dermont
Präsenz: anwesend 110 Mitglieder
entschuldigt: Cavegn, Christoffel, Keller, Meyer Persili, Nigg, Pleisch, Scharplatz, Stiffler, Sutter, Zindel
Sitzungsbeginn: 13:45 Uhr

1. WEF-Bericht der Regierung und Teilrevision der grossrätlichen Verordnung über die Kantonspolizei (Botschaftenheft Nr. 6/2001-2002, S. 283) (Fortsetzung)

Kommissionspräsident: Schmid (Splügen)
Regierungsvertreter: Regierungsrat Huber

II. Detailberatung

Anträge Kommission (Sprecher Schmid) und Regierung

1. Vom Bericht über das Jahrestreffen 2001 des World Economic Forum in Davos und dessen Chancen und Risiken für die Zukunft sei Kenntnis zu nehmen;
2. von den von der Regierung beschlossenen Massnahmen sei Kenntnis zu nehmen und folgenden, von der Kommission in Ergänzung zu den Beschlüssen der Regierung beantragten Erklärungen zuzustimmen;

(Ziff. 2) Das Jahrestreffen des WEF als international und gesamtschweizerisch bedeutende private Veranstaltung mit öffentlichem Charakter soll zukünftig wieder in Davos durchgeführt werden. Beim Jahrestreffen des WEF in Davos handelt es sich um eine für die schweizerische Aussenpolitik äusserst wertvolle Plattform. Davos, Graubünden und die Schweiz profitieren in hohem Masse von seiner positiven Ausstrahlung.

(Ziff. 3) Die Regierung erstattet dem Grossen Rat im Zusammenhang mit dem Jahrestreffen des WEF in Davos und dem Projekt „Spirit of Davos“ periodisch Bericht.

(Ziff. 4) Der Grosse Rat begrüsst ausdrücklich die Einsetzung einer Trägerschaft, welche als Garant den diesem Szenario zugrundeliegenden Geist („Spirit of Davos“) verkörpert und für die konkrete Umsetzung verantwortlich zeichnet. Die Initiative für die Bildung dieser Trägerschaft muss vom Kanton Graubünden ausgehen. Die Finanzierung soll von der öffentlichen Hand, dem WEF und weiteren interessierten Kreisen erfolgen. Der Kanton Graubünden stellt dafür einen Betrag bis zu 1 Mio. Franken zur Verfügung und erwartet, dass sich der Bund mit dem gleichen Betrag beteiligt.

(Ziff. 9) Für andere Veranstaltungen in Davos soll ein ungestörter Verlauf und derselbe Schutz von Personen und Objekten gewährleistet werden.

(Ziff. 10) Der Grosse Rat erwartet, dass der Bund die Koordination zwischen den Kantonen im Rahmen seiner Möglichkeiten wahrnimmt und eine maximale Unterstützung mit Personal und Material sowie den Informationsaustausch zusichert. Davos und der Kanton Graubünden können damit in organisatorischer Hinsicht weiterhin ihre bisherige Rolle wahrnehmen und als Gastgeber auftreten.

(Ziff. 11) Der Grosse Rat beauftragt die Regierung, die notwendigen Massnahmen zur Durchführung des Jahrestreffens 2003 zu ergreifen. Der Grosse Rat erwartet, dass sich die Regierung beim Bund dafür einsetzt, dass letzterer die Kosten für die öffentliche Sicherheit übernimmt.

3. von der Erledigung des Postulats Pfenninger betreffend WEF 2001 und künftige WEF in Davos sei Kenntnis zu nehmen

Antrag GPK (Sprecherin Bühler)

Die GPK beantragt für die Bildung der unter Punkt 2, Ziffer 4 genannten Trägerschaft und für die Vorbereitung des WEF 2003 einen Betrag von 515'000 Franken bereit zu stellen (Reduktion Konto 3120, Kantonspolizei, Position 3190.10, Dienstleistungen)

Dritter und übriger Sachaufwand für das WEF Davos, von 6'800'000 Millionen auf 515'000 Franken; Reduktion Position 4365, Rückerstattung Dritter für Ausgaben WEF Davos {neues Konto}, von 1'305'000 Millionen auf 0 Franken; Reduktion Position 4601, Bundesbeitrag an die Kosten des WEF, von 3'000'000 Millionen auf 0 Franken).

Abstimmung

Der Antrag wird mit 98 zu 0 Stimmen genehmigt.

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Landespräsident: Rodolfo Plozza

Die Protokollführer: Beat Dermont

WEF-Bericht der Regierung und Teilrevision der grossrätlichen Verordnung über die Kantonspolizei (Botschaftenheft Nr. 6/2001-2002, S. 283) (Fortsetzung)

Detailberatung

Anträge Kommission und Regierung

1. Vom Bericht über das Jahrestreffen 2001 des World Economic Forum in Davos und dessen Chancen und Risiken für die Zukunft sei Kenntnis zu nehmen;
2. von den von der Regierung beschlossenen Massnahmen sei Kenntnis zu nehmen und folgenden, von der Kommission in Ergänzung zu den Beschlüssen der Regierung beantragten Erklärungen zuzustimmen;

(Ziff. 2) Das Jahrestreffen des WEF als international und gesamtschweizerisch bedeutende private Veranstaltung mit öffentlichem Charakter soll zukünftig wieder in Davos durchgeführt werden. Beim Jahrestreffen des WEF in Davos handelt es sich um eine für die schweizerische Aussenpolitik äusserst wertvolle Plattform. Davos, Graubünden und die Schweiz profitieren in hohem Masse von seiner positiven Ausstrahlung.

(Ziff. 3) Die Regierung erstattet dem Grosse Rat im Zusammenhang mit dem Jahrestreffen des WEF in Davos und dem Projekt „Spirit of Davos“ periodisch Bericht.

(Ziff. 4) Der Grosse Rat begrüsst ausdrücklich die Einsetzung einer Trägerschaft, welche als Garant den diesem Szenario zugrundeliegenden Geist („Spirit of Davos“) verkörpert und für die konkrete Umsetzung verantwortlich zeichnet. Die Initiative für die Bildung dieser Trägerschaft muss vom Kanton Graubünden ausgehen. Die Finanzierung soll von der öffentlichen Hand, dem WEF und weiteren interessierten Kreisen erfolgen. Der Kanton Graubünden stellt dafür einen Betrag bis zu 1 Mio. Franken zur Verfügung und erwartet, dass sich der Bund mit dem gleichen Betrag beteiligt.

(Ziff. 9) Für andere Veranstaltungen in Davos soll ein ungestörter Verlauf und derselbe Schutz von Personen und Objekten gewährleistet werden.

(Ziff. 10) Der Grosse Rat erwartet, dass der Bund die Koordination zwischen den Kantonen im Rahmen seiner Möglichkeiten wahrnimmt und eine maximale Unterstützung mit Personal und Material sowie den Informationsaustausch zusichert. Davos und der Kanton Graubünden können damit in organisatorischer Hinsicht weiterhin ihre bisherige Rolle wahrnehmen und als Gastgeber auftreten.

(Ziff. 11) Der Grosse Rat beauftragt die Regierung, die notwendigen Massnahmen zur Durchführung des Jahrestreffens 2003 zu ergreifen. Der Grosse Rat erwartet, dass sich die Regierung beim Bund dafür einsetzt, dass letzterer die Kosten für die öffentliche Sicherheit übernimmt.

3. von der Erledigung des Postulats Pfenninger betreffend WEF 2001 und künftige WEF in Davos sei Kenntnis zu nehmen

Schmid; Kommissionspräsident: Vielleicht kurz etwas zu der Frage von Grossrat Koch, in Bezug auf den Bericht, den Professor Bieger ausarbeiten sollte. Es stimmt, dass wir diesen Bericht bei den Kommissionsarbeiten natürlich gerne in schriftlicher Form gehabt hätten. Nur ist dieser Bericht erst auf das nächste Jahr in Aussicht gestellt. Er ist also erst in Erarbeitung. Professor Bieger hat uns im Rahmen der Kommissionsarbeiten einfach mündliche Auskünfte gegeben.

Antrag 2, Ziffer 2

Schmid, Kommissionspräsident: Zu Ziffer 2 schlägt Ihnen die Kommission vor, stärker noch zu unterstreichen, dass es sich beim Jahrestreffen des WEF um eine international als auch gesamtschweizerisch bedeutende private Veranstaltung mit öffentlichem Charakter handelt. Das hat sich jetzt auch schon aus der Eintretensdebatte ergeben. Lange, kontrovers und differenziert wurde diskutiert, ob es sich beim Jahrestreffen um eine private oder öffentliche Veranstaltung oder um eine Symbiose beider Elemente handeln würde. Letztlich wurde die Formulierung der privaten Veranstaltung mit öffentlichem Charakter gewählt. Damit wird zum Ausdruck gebracht, dass es sich um eine halb-öffentliche Veranstaltung handelt. Zumindest stellte die Kommission fest, dass das WEF in jedem Fall eine öffentliche Wirkung ausstrahlt. Nach Auffassung der Kommission handelt es sich, wie eingehend von anderen Vorrednern ebenso betont worden ist, um eine für die schweizerische Aussenpolitik äusserst wertvolle Plattform. Nicht nur Davos, nicht nur Graubünden sondern die Schweiz profitiert in hohem Masse von der positiven Ausstrahlung dieses grossen Anlasses. Zugleich wird der Regierungsbeschluss, dass das WEF 2003 wiederum in Davos stattfinden soll, einhellig unterstützt. Mit der Zustimmung zu dieser ergänzenden Erklärung, kann der Grosse Rat dokumentieren, dass das WEF in Graubünden willkommen ist und wir die geforderte Gastfreundschaft anbieten. Die Gastfreundschaft ist eine der Bedingungen, die von Professor Schwab aufgestellt worden ist. Diese Bedingungen können wir erfüllen, indem der Grosse Rat der Erklärung der Kommission und der Regierung zustimmt. Um vielleicht noch das Votum von Ratskollege Arquin aufzunehmen, es geht auch darum, für die Zukunft gestalterisch tätig zu sein und nicht mehr der Vergangenheit bewältigung behaftet zu sein.

Antrag 2, Ziffer 3 + 4

Schmid, Kommissionspräsident: Nach Auffassung der Kommission muss im Zusammenhang mit einem zukünftigen WEF eine inhaltliche Öffnung der Diskussion erreicht werden. Das haben wir auch in der Eintretensdebatte gehört und wird von den meisten Ratsmitgliedern unterstützt. Diese Chance besteht. Das haben die Gespräche mit den Vertretern der globalisierungskritischen Organisationen gezeigt. Deshalb unterstützt die Kommission die Einsetzung einer Trägerschaft, welche den Spirit of Davos verkörpert und für die konkrete Umsetzung desselben verantwortlich zeichnet. Es geht darum, gemeinsam Lösungen

für die Probleme einer sich verändernden Gesellschaft zu suchen. Das muss in einem demokratischen Land mit der Einsetzung einer unabhängigen Plattform möglich sein. Die inhaltliche Diskussion muss gefördert werden und damit manifestiert sich eine politische Grundhaltung.

Von den NGO's wird erwartet, dass sie bereit sind, mit den Teilnehmern des WEF ins Gespräch zu kommen. In dieser Beziehung, Ratskollege Zinsli, erwarten wir von den NGO's, dass sie zumindest bereit sind, auf der Grundlage der Plattform des Spirit of Davos, mit den Teilnehmern des WEF ins Gespräch zu kommen. Wir erwarten aber nicht, dass sie direkt mit dem WEF Gespräche aufnehmen. Durch den Dialog eröffnet sich die Chance für ein entspannteres Vorgehen. Die Kommission ist überzeugt, dass diese Möglichkeit einen Ansatz für alle fairen und demokratisch handelnden Menschen sein müsste. Um aber gerade die Akzeptanz eines solchen Vorgehens zu erhöhen, schlägt die Kommission vor, dass die Initiative für die Bildung dieser Trägerschaft vom Kanton Graubünden ausgehen muss. Die Regierung ist noch davon ausgegangen, dass die Initiative für diese Trägerschaft vom WEF ausgehen sollte. Dies erscheint uns nicht glücklich und dies führte innerhalb der Kommission auch zu Diskussionen rund um die Unabhängigkeit dieser Plattform. Ins Ermessen der Regierung soll jedoch gestellt werden, wie sich diese Trägerschaft rechtlich organisiert. Persönlich würde ich der Rechtsform der Stiftung den Vorzug geben. Es ist dann auch Aufgabe der Regierung, diese Idee umzusetzen und die weiteren Partner mit der Unterstützung dieses Rates für diese Idee zu gewinnen.

Als Partner kommen dabei neben dem Bund und der Landschaft Davos, dem WEF selbst als Organisation und den NGO's, auch die Teilnehmer des WEF's in Frage. Der Spirit of Davos soll über Davos hinaus Wirkung zeigen und unabhängig vom WEF sein. Stimmt der Grosse Rat diesen Empfehlungen zu, sollen bald schon die Gespräche mit den Basisbewegungen gesucht werden. Denn wir haben das auch schon im Rahmen dieser Debatte gehört, die Zeit drängt. Tätigkeiten, welche eine solche Trägerschaft entwickeln kann, sind beispielsweise die Einrichtung eines Kommunikationszentrums sowie die Durchführung von parallelen Kongressen zum WEF mit Teilnahme aller Beteiligten. Wichtig erscheint die Chance, damit einen echten Dialog pflegen und zur Entschärfung der Konfliktsituation beitragen zu können. Am besten beschreibt immer noch der Ausdruck der Deeskalation diesen Zustand.

Dass dieses Projekt sich nicht gratis realisieren lässt, erscheint offensichtlich. Der Kanton soll sich aber nach Auffassung der einstimmigen Meinung der Kommission diesbezüglich auch engagieren. Dies ist auch kein Widerspruch zur Forderung, dass er sich im Bereich der Sicherheitskosten zurückziehen solle, weil es hier um eine politische Problemlösung geht. Deshalb sieht die Kommission vor, dass für dieses Projekt bis maximal eine Million Franken gesprochen werden soll. Wir haben im Rahmen der nachfolgenden Budgetbereinigung noch darüber zu befinden, ob im Jahre 2002 dafür ein Betrag von 200'000 Franken zur Verfügung gestellt werden sollte. Zudem hat das WEF selbst zum Aufbau dieser Plattform einen Beitrag von einer Million Franken in Aussicht gestellt. Gleiches wird auch vom Bund als weiterer starker Partner erwartet. Beteiligen sollen sich aber auch die NGO's, auch wenn die Kommission der Auffassung ist, dass sich zuerst die öffentliche Hand bewegen sollte und dass es uns nicht möglich ist, diesen Organisationen Bedingungen aufzuerlegen. Dies als Antwort an Grossrat Zinsli, der die Rahmenbedingungen angesprochen hat, die Auflagen die diesen Organisationen bei einer Teilnahme auferlegt werden sollten. Wir wollen den ersten Schritt machen und wir wollen diese Organisationen auffordern, dass sie sich uns anschliessen.

Jetzt braucht es eigentlich nur noch das politische Engagement, und dieses dokumentieren wir als Parlament, wenn wir der Regierung den Auftrag geben, diese Trägerschaft zu initiieren und die notwendigen Arbeiten sofort an die Hand zu nehmen, denn die Zeit drängt. Damit kann dieser Rat ein positives Zeichen setzen und eine Appellation an alle zur Verwirklichung des Spirit of Davos manifestieren. Peter Arbenz betonte - meines Erachtens - zu recht, dass wir als Kanton mit Minderheiten ein guter Gastgeber sein würden und eine Vorbildfunktion einnehmen können. Wenn es uns nämlich gelingt, mit der Spirit of Davos-Idee Erfolg zu haben, dann sinken auch die Sicherheitskosten. Ich bin der festen Überzeugung, dass diese 200'000 Franken, die wir in dieses Projekt investieren, einen guten „Return of Investment“, wenn man das auf betriebswirtschaftliche Weise ausdrücken möchte, ergeben könnten. Ich bitte Sie deshalb, den Anträgen der Kommission zuzustimmen.

Ich muss noch kurz eine Erklärung zu Ziffer 3 abgeben. Falls der Grosse Rat der Einsetzung einer Trägerschaft zur Umsetzung des Spirit of Davos zustimmen wird, soll die Regierung im Zusammenhang mit dem Jahrestreffen in Davos und dem Projekt Spirit of Davos periodisch Bericht erstatten. Dies erscheint sinnvoll, denn so kann das Parlament die Entwicklung verfolgen und allenfalls jederzeit neben dem Budget auch korrigierend eingreifen. Die Idee ist, dass beispielsweise im Landesbericht kurz Bericht erstattet wird, inwieweit die Projekte gedeihen und inwieweit vielleicht auch Probleme auftreten. In diesem Sinne kann der Landesbericht dann auch problemorientiert ausgestaltet sein.

Zinsli: Ich habe in meinem Eintrittsvotum bereits darauf hingewiesen, dass ich damit etwas Mühe habe. Diese Million, die man in Aussicht stellen will, scheint mir einfach zu hoch zu sein. Schauen Sie, auf das Spielfeldszenario, auf das Spirit of Davos. Auch im Fussball gibt es Spielregeln, doch werden Fouls begangen und auch Hooligans sind jeweils anwesend. Wir dürfen nicht blauäugig vorgehen. Die verschiedenen gegnerischen Organisationen erklären vor laufender Kamera, dass sie diesen Dialog gar nicht missen und wir bekommen täglich mit der Post mitgeteilt, dass man diesen auch gar nicht sucht. Diese Organisationen distanzieren sich auch nicht von Gewaltanwendung. Sie sprechen dem WEF sogar die Legitimation ab über Fragen, die unsere Welt heute immens interessieren zu diskutieren. Ich glaube nicht an ein Nebeneinander mit den Globalisierungsgegnern. Alle diesbezüglichen Anstrengungen sind meines Erachtens umsonst.

Schaffen Sie klare Situationen, auch für unsere Ordnungskräfte in Davos. Die Polizei kann ihre Aufgabe nur wahrnehmen, wenn sie, militärisch gesprochen, klare Fronten hat. Diese Lösung, wie sie hier vorgeschlagen wird, ist im Ansatz sicher gut gemeint, aber sie führt nicht zum Ziel, denn es wird uns tagtäglich gesagt, dass dies nicht der Weg ist, den wir beschreiten sollen. Denken Sie auch an unsere Ordnungshüter, an die Polizei. Diese hat, wenn wir solche Übungen machen, ein immenses Problem, die Sache in den Griff zu bekommen und ihren Ordnungsdienst ordnungsgemäss durchzuführen. Dies wird nämlich immer schwieriger, wenn Sie Leute haben, bei denen Sie nie sicher sind, ob und in welcher Richtung sie eskalieren und die Polizei muss noch für deren Sicherheit garantieren. Ich meine, man sollte davon absehen, diese Trägerschaft überhaupt ins Au-

ge zu fassen. Ich bin mir auch nicht sicher, ob das WEF das will. Im Gegenteil, man will ja, das sich das WEF daran finanziell beteiligt. Ich bin überzeugt, in New York werden solche Forderungen nicht gestellt.

Hanimann: Ich spreche zu Punkt 4. Es wurde immer wieder angesprochen und trotz dem letzten Votum der Dialog im Zusammenhang mit dem WEF, nicht über das WEF, ich betone es noch einmal, nicht über das WEF, sondern im Zusammenhang mit dem WEF, muss stattfinden. Es sollte dieser Punkt 4 vielleicht unter das Motto gestellt werden, das Eine tun und das Andere nicht lassen. Warum können wir nicht, im Rahmen dieser Entwicklung eines Spirit of Davos, das Gespräch suchen, konstruktiv und offen, wie es eigentlich der ursprüngliche Zweck dieses Geistes von Davos ist. Andererseits müssen diejenigen Kreise, die nicht an einer konstruktiven Durchführung interessiert sind, durchaus konsequent angefasst werden, im Sinne der Schutzbedürfnisse aller Beteiligten.

Der Dialog, ich habe es bereits gesagt, muss stattfinden. Diese Erkenntnis, gewachsen aus der Überzeugung, dass das jährliche Treffen des WEF in einem Klima von Toleranz und Gewaltfreiheit stattfinden soll, ruft nach kreativen Lösungen. Denn die Komplexität der Materie ist enorm. Einerseits ist die WEF-Organisation eine private Veranstaltung, die durchaus polarisieren kann und andererseits sind bei den konstruktiven WEF-Kritikern durchaus Bedürfnisse - Sie haben es bereits vom Kommissionspräsidenten gehört - und Bereitschaft für einen Dialog auf einer neutralen Plattform spürbar. Hier kann der Kanton durchaus eine aktive, innovative Rolle spielen. Durch die Führung in einer Trägerschaft kann er verschiedene Ziele zugleich erreichen. Er leistet einen aktiven Beitrag an die Aufweichung der festgefahrenen Situation zwischen dem WEF und seinen Kritikern. Er schafft damit neutrale Rahmenbedingungen für eine Plattform, bei der die dialogbereiten, gewaltfreien Kreise gestärkt werden und damit gleichzeitig Ausschreitungen in gewalttätigen Zusammenstößen reduziert werden können. Er macht aber auch einen ersten Schritt, der durchaus bei den Kritikern des WEF, bei den Basisbewegungen dazu führen kann, dass sie endlich Farbe bekennen zu einem gewaltfreien, konstruktiven Dialog. Dies haben wir im Rahmen der Kommissionsarbeit bei unseren Diskussionen mit diesen Bewegungen vermisst. Es wäre gut, wenn diese Organisationen Farbe bekennen und zeigen würden, dass es ihnen ernst ist, Themen im Zusammenhang mit dem WEF ernsthaft zu diskutieren und gewalttätige Kreise, gewalttätige Aktionen intern nicht zu dulden.

Ich glaube diese Aufforderung, sie kann nicht besser und nicht konstruktiver gemacht werden, als durch diesen ersten Schritt, durch diese Schaffung einer Trägerschaft, in der alle konstruktiven und an einer guten Lösung interessierten Kreise integriert werden. Diese neutrale Mittelfunktion des Kantons entspricht der eigentlichen Gastgeberrolle und schafft nachhaltige Voraussetzungen für das Verbleiben des WEF's. Wir verschwenden, das glaube ich sagen zu dürfen, im Rahmen dieser Offerte an die Kritiker keine Steuergelder, sondern wir wagen den ernsthaften und ernst zu nehmenden Versuch - ich sage es nochmals, es ist ein Wagnis - eine Plattform zu etablieren, die beiden polarisierten Standpunkten Gehör verschaffen kann, ohne dass die eine Seite das Gesicht verliert. Ich glaube damit ist, wenn man es vielleicht etwas geflügelt sagen will, fast die Quadratur des Kreises gelungen. Am Anfang unserer Kommissionsarbeit haben wir nicht geglaubt, dass wir ein solches Ziel mit diesem Lösungsansatz erreichen könnten. Ich bitte Sie, den Punkt 4 im Sinne der Kommission und der Regierung zu genehmigen und die entsprechenden Mittel zu sprechen.

Schmid, Kommissionspräsident: Ich möchte vielleicht ganz kurz noch etwas zum Punkt 4 erwähnen. Grossrat Zinsli, ich hoffe einfach nicht, dass Ihre Prognosen zutreffen. Wir gehen von einer optimistischen Haltung aus. Wir denken, unser Ansatz ist der einzige, der zukünftig Erfolg haben kann, wenn wir das WEF in Graubünden haben wollen. Wir müssen einfach auch zur Kenntnis nehmen, dass die anderen Kantone Bedingungen gestellt haben im Bereich der Sicherheitskräfte. Sie sind nur dann bereit, Sicherheitskräfte zur Verfügung zu stellen, wenn wir die Möglichkeit einer Demonstration in Davos ernsthaft prüfen und wenn möglich auch eine Demonstrationmöglichkeit bieten. Wenn wir aber dieses Szenario weiter verfolgen möchten, dann müssen wir eine solche Plattform aufbauen mit dem Ziel, den globalisierungskritischen Organisationen und auch weiteren Teilnehmern eine Plattform zu schaffen.

Ich bin auch nicht der Überzeugung und ich glaube auch nicht daran, dass man alle NGO's einfach nur als gewaltorientierte Organisationen in einen Topf werfen kann. Wir haben in den Gesprächen, welche die Kommission mit den Vertretern dieser Organisationen geführt hat, gespürt, dass auch diese Vertreter eine Neubeurteilung der Lage vorgenommen haben. Die Welt hat sich auch im Bereich dieser Köpfe vermutlich verändert. Wir leben heute einfach in einem anderen Bereich.

Sie haben noch den Bereich des Ordnungsdienstes angesprochen. Ich denke, die Polizei steht hinter dieser Idee des Spirit of Davos. Sie war bei den Kommissionsarbeiten vertreten und hat ihre Überlegungen auch eingehend einfließen lassen. Es sind, wir werden später noch darauf zurückkommen, auch schon Planungen im Gange, wie eben ein solches Szenario aussehen könnte. Vielleicht noch etwas zu den NGO's. Es ist natürlich nicht verboten, es wird sogar erwünscht und es soll so sein, dass sich auch die NGO's finanziell an dieser Plattform beteiligen. Dies möchte ich an dieser Stelle auch noch unterstrichen haben, denn sämtliche Beteiligten, sämtliche Stakeholders, wenn man ein neudeutsches Wort nehmen will, die sollten sich auch finanziell an dieser Organisation beteiligen.

Dass diese Organisation, diese Plattform, die wir aufbauen, ein Wagnis darstellt, das sind wir uns alle bewusst. Aber wenn wir das WEF 2003 zurückhaben wollen, dann müssen wir auch bereit sein, solche Wagnisse einzugehen. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, wir geben jetzt 10 Millionen Franken für die Zusatzkosten aus. Wenn es uns gelingt, mit diesem Spirit of Davos-Projekt, wofür wir jetzt 200'000 Franken investieren, diese Sicherheitskosten zu reduzieren, dann haben wir mehr gewonnen, als wir ausgegeben haben.

Regierungsrat Huber: Vielleicht nur zwei Bemerkungen in Ergänzung zu dem, was der Kommissionspräsident gesagt und ausgeführt hat. Das WEF selbst, Grossrat Zinsli, steht dieser Idee positiv gegenüber, es hat sogar mitgeholfen, diese Idee zu kreieren. Es ist auch bereit Mittel verfügbar zu machen und ich habe das bei der Eintretensdebatte gesagt, es will ganz klar nicht die Leaderfunktion übernehmen. So steht das WEF zu dieser Idee. Das WEF will auch nicht in einem Bunker tagen. Dies ist auch eine klare Aussage. Man möchte in einer Situation tagen, wo die Gäste des WEF in Davos wiederum Bewe-

gungsfreiheit erhalten, so wie dies früher der Fall war. Dass diese Aufgabe sehr anspruchsvoll ist und dass die Polizei schwierige Aufgaben zu erfüllen hat, sind wir uns bewusst.

Roffler: Das Umfeld des Spirit of Davos, dieser Geist ist etwas nicht jederzeit Fassbares, auch für uns nicht. Ich denke aber, der aufgezeigte Weg, der auch von der Regierung unterstützt wird, ist der einzig richtige. So kann auch Davos selbst hinter diesem Spirit of Davos, hinter dieser Begegnungsstätte, hinter diesem Podium stehen. Wir haben das WEF 2001 in Davos mit den Regionen, mit den Talschaften analysiert. Politisch, so viel ist aus der Analyse hervorgetreten, möchten wir die Situation von 2001 nicht mehr erleben. Wir wissen, dass wir die Bereitschaft für den WEF bei der Bevölkerung und den politischen Behörden auf vielen Stufen finden, wenn wir die Möglichkeit der Diskussion schaffen. Wir müssen die Basis schaffen für den Aufbau eines Diskussionsforums mit integren, toleranten Leuten, die gewaltfrei diskutieren wollen, die ihre Anliegen haben und die ihre Kritiken einbringen wollen.

Auf diesem Grundstock wollen wir dieses Haus aufbauen. Ich weiss, dass dies relativ schwierig ist, aber ich denke, mit dieser Plattform haben wir die Möglichkeit die besten Voraussetzungen zu prüfen und zu schaffen. Wir treffen dann relativ schnell auf Gegebenheiten, wo wir sehen, wer es ehrlich meint und wer es grundsätzlich nicht ehrlich meint. Wir können dann auch schnell reagieren und ich würde sagen, diejenigen, die Bereitschaft zeigen an diesem Haus mit zu bauen, die gehören in dieses Haus. Alle anderen werden dieses Haus nicht betreten dürfen. Das ist eine Frage der Sicherheit, der Zukunft eines Gebäudes, das wir zu erstellen gedenken.

Antrag 2, Ziffer 9

Schmid, Kommissionspräsident: Die Kommission schlägt beim Punkt 9 vor, eine weitere Ergänzung aufzunehmen. Für andere Veranstaltungen in Davos soll ebenso, und das soll hier unterstrichen werden, ein ungestörter Verlauf und derselbe Schutz von Personen und Objekten gewährleistet werden. Dabei kann man beispielsweise an den Kongress von Public Eye denken. Damit wird aber auch, ich bin vorhin schon darauf eingegangen, die Frage nach einer Demonstrationsmöglichkeit aufgeworfen. Wenn es aus Sicherheitsgründen verantwortet werden kann, soll zukünftig in Davos eine Demonstration ermöglicht werden. In welcher Form und unter welchen Bedingungen diese stattfinden soll, haben dannzumal die zuständigen Behörden, wie das bisher schon geschehen ist, in gemeinsamer Absprache zu entscheiden. Die Kommission konnte mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen, dass diesbezüglich die polizeilichen Vorarbeiten laufen und Konzepte entwickelt werden. Entscheidend wird sich aber auch in dieser Frage auswirken, ob das Projekt des Spirit of Davos gelingt und damit eine Entschärfung der Situation erreicht werden kann.

Antrag 2, Ziffer 10

Schmid, Kommissionspräsident: Die Ergänzung zu Ziffer 10 ist ein Folgeprodukt der diesjährigen Verlegung des WEF nach New York. Hätten die Sicherheitskräfte in der Schweiz zur Verfügung gestanden, könnten wir heute diskutieren, ob wir das WEF 2002 in Davos willkommen heissen wollen oder nicht. Um in Zukunft auch international nicht ins Abseits zu geraten, muss der Bund, und das haben sehr viele Vorredner schon sehr pointiert dargelegt, zwingend die Koordination zwischen den Kantonen verstärken und uneingeschränkt für die notwendige Unterstützung mit Personal und Material sorgen. Wenn das nicht gelingen würde, müsste sogar die Forderung der Bundespolizei verstärkt aufgegriffen werden. Das geforderte verstärkte Engagement des Bundes steht auch nicht im Widerspruch zur Aussage, dass Davos und der Kanton Graubünden weiterhin in organisatorischer Hinsicht ihre Rolle als Gastgeber wahrnehmen sollen.

Hanimann: Der Aufwand für die Sicherheit hat in den letzten Jahren auf Grund der Einladungen des WEF's von internationalen, völkerrechtlich zu schützenden Politikern exorbitante Dimensionen angenommen. Von mehreren 100'000 Franken in den 90er Jahren ist er auf mehrere Millionen Franken im letzten Jahr oder in diesem neuen Jahr angewachsen. Diese Entwicklung, die nicht nur finanziell, sondern auch organisatorisch und strukturell die Kräfte unseres Kantons übersteigt, muss überdenkt werden. Die bemühenden Diskussionen in diesem Herbst um die Unterstützung durch andere Kantone hat dies deutlich aufgezeigt. Hier muss der Bund mehr Führungsverantwortung übernehmen, wenn es ihm ernst damit ist, dass das WEF weiterhin in Davos Gastrecht geniessen soll. Hier soll zum Ausdruck kommen, dass das Annual Meeting des WEF ein Anlass von nationaler Bedeutung geworden ist und daraus nicht nur Rechte sondern auch konsequenterweise Pflichten erwachsen. Die Übernahme der Sicherheitskosten und das Engagement in der Koordination zwischen Bund und Kantonen soll aber auch ein Signal sein, dass die Bedeutung und der Stellenwert dieses Anlasses erkannt wurde. Die Aufgabenverteilung zwischen dem Kanton, dem organisierenden Gastgeber, Davos und dem Bund mit diesem als Koordinator und Träger der Fragen öffentlicher Sicherheit, ist keine ungleiche, ungerechte Aufgabenverteilung, sondern sie berücksichtigt die tatsächlichen Möglichkeiten und Kapazitäten aller Beteiligten und ist Ausdruck einer Bündelung von Kräften. Ich meine, es ist nicht unrealistisch oder blauäugig, den Bund vermehrt einzubinden, im Gegenteil. Ich weiss, dass das Bedauern, das bei der Verschiebung des nächstjährigen WEF's nach New York national geäussert wurde, nicht nur ein Lippenbekenntnis ist. Der Tatbeweis kann mit der Übernahme der Sicherheitskosten erfolgen. Ich bin sicher, dass die Regierung alles unternimmt, in diesen Fragen zu reüssieren.

Antrag 2, Ziffer 11

Schmid, Kommissionspräsident: Auf Grund der eingehenden Analyse und der intensiven Auseinandersetzung mit dem Anlass WEF kommt die Kommission einstimmig zum Schluss, dass sich die Regierung beim Bund mit Überzeugung dafür einsetzt, dass dieser die bisher beim Kanton verbleibenden Zusatzkosten für die Gewährleistung der Sicherheit übernehmen soll. Gemäss der gewählten Formulierung der Kommission erwartet der Grosse Rat, dass sich die Regierung beim Bund dafür ein-

setzt, dass letzterer die Kosten für die öffentliche Sicherheit übernimmt. Auf Grund der Bedeutung und der Wichtigkeit des Anlasses für die nationale und internationale Politik ist entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip dafür der Bund zuständig. Das wäre in anderen Staaten nicht anders. Nehmen wir beispielsweise Österreich mit dem Tagungsort Salzburg. Dafür soll sich die Regierung nach unserer Auffassung mit Nachdruck einsetzen.

Wir fordern auch unsere Bundesparlamentarier auf, unsere Regierung in diesem Sinne zu unterstützen. Mit der noch ausstehenden Zustimmung zur Budgetposition für die Vorarbeiten zum WEF 2003 kann der Grosse Rat das in Ziffer 11 verlangte, fordern, nämlich, dass die notwendigen Massnahmen zur Durchführung des Jahrestreffens 2003 unverzüglich ergriffen werden können. Dabei ist nochmals auf die zeitliche Dringlichkeit dieses Projektes hinzuweisen. Die Rolle des Bundes, die ist sehr eingehend diskutiert worden. Wir haben von der Bundespolizei gesprochen, wir haben vom Bund gesprochen, auch in der Führung. Jetzt sollte nur noch der Bund Farbe bekennen. Wenn wir nochmals darauf hinweisen, dass die Finanzkommission der eidgenössischen Räte noch nicht einmal dem Nachtragskredit für das Jahr 2001 zugestimmt hat, dann beweist das, dass nicht die Bündner Regierung Schuld daran ist, dass die notwendigen Voraussetzungen für das WEF 2002 nicht geschaffen werden konnten, sondern dass der Fehler anderenorts gelegen hat.

Zinsli: Mit diesen Rahmenbedingungen oder Leitplanken habe ich noch etwas Mühe. Alle Partner, sei es das WEF selber, sei es Davos, müssen gewisse Bedingungen erfüllen. Von den Globalisierungsgegnern wird jedoch schlicht und einfach nur die Gesprächsbereitschaft gefordert. Sie müssen einfach das speziell für sie gedachte Begegnungsforum unterstützen, jedoch ohne jede finanzielle Verpflichtung. Wieso wurde nicht auch eine Leitplanke formuliert, die festlegt, dass Anti-WEF- und Globalisierungsorganisationen, die sich nicht eindeutig von der Gewalt distanzieren, keine Plattform erhalten?

Regierungsrat Huber: Ich meinte zwar, dass wir darüber geredet hätten. Globalisierungsgegner - das ist übrigens ein Ausdruck, der sich eingebürgert hat, der so aber auch nicht stimmt - sind kritische Bewegungen, und es gibt eine Vielfalt von solchen Bewegungen. Viele davon haben ganz deutlich der Gewalt entsagt. Diese wollen keine Gewalt. Es gibt aber auch gewaltbereite WTO-Gegner und so weiter. Es ist ein breites Spektrum mit sehr vielen Bewegungen. Es ist nicht möglich, hier eine allgemeine Formulierung zu finden, die für alle verbindlich ist.

Wir öffnen eine Plattform und wir haben gesagt, wir wollen in Davos keine Gewalt. Das, ist doch die Aussage. Wir eröffnen eine Plattform, für diejenigen, die mithelfen wollen, die ihre kritischen Stimmen einbringen wollen und die diese Begegnungsstätte brauchen. Wir eröffnen eine Plattform und ermöglichen das. Sie können, Herr Zinsli, es vertrauensvoll der Führung des WEF-Ausschusses und der Regierung überlassen, die richtigen Wege zu finden, in einem zugegebenermassen sehr schwierigen Gelände.

Schmid, Kommissionspräsident: Vielleicht noch eine kleine Korrektur. Wir schaffen diese Plattform nicht nur für die Globalisierungskritiker. Die Idee des Spirit of Davos geht weiter. Diese Plattform soll eben vom Kanton Graubünden als politische Plattform geführt werden und der Kanton soll die Inhalte definieren. Wir können beim WEF selbst auf die Programmgestaltung keinen Einfluss nehmen. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Deshalb ist die Kommission zum Schluss gekommen, dass am gleichen Ort eine Plattform durch den Kanton geschaffen werden sollte. Diese sollte durch eine unabhängige Instanz, eine Stiftung oder in welcher Form auch immer, organisiert sein und könnte den Inhalt selber bestimmen. Da sollen nicht nur die globalisierungskritischen Organisationen eingeladen werden. Auch die Teilnehmer des WEF's sollen eingeladen werden. Das sind Staatspolitiker, das sind Staatsleute, das sind Wirtschaftsführer, die auch an diesen Diskussionen teilnehmen sollten. Jemand muss den ersten Schritt machen und wir, die Kommission, sind der Auffassung gewesen, dass dies nur der Staat sein kann, dass dies die Politik sein sollte.

Schlussabstimmungen

Für den Antrag 1	96 Stimmen
Dagegen	0 Stimmen
Für den Antrag 2	94 Stimmen
Dagegen	0 Stimmen
Für den Antrag 3	96 Stimmen
Dagegen	0 Stimmen

Standespräsident Plozza: Wir müssen noch zum Finanziellen kommen. Wie Sie wissen, haben wir bei der Beratung des Budgets 2002 diese Positionen mit Vorbehalt angenommen.

Antrag GPK

Die GPK beantragt für die Bildung der unter Punkt 2, Ziffer 4 genannten Trägerschaft und für die Vorbereitung des WEF 2003 einen Betrag von 515'000 Franken bereit zu stellen (Reduktion Konto 3120, Kantonspolizei, Position 3190.10, Dienstleistungen Dritter und übriger Sachaufwand für das WEF Davos, von 6'800'000 Millionen Franken auf 515'000 Franken; Reduktion Position 4365, Rückerstattung Dritter für Ausgaben WEF Davos {neues Konto}, von 1'305'000 Millionen Franken auf 0 Franken; Reduktion Position 4601, Bundesbeitrag an die Kosten des WEF, von 3'000'000 Millionen Franken auf 0 Franken).

Bühler, Sprecherin der GPK: Wir haben gestern provisorisch 515'000 Franken im Zusammenhang mit der Bildung dieser Spirit of Davos-Trägerschaft und für Vorbereitungsarbeiten für das WEF 2003 im Budget eingesetzt. Davon sind, wie sie gehört haben, 200'000 Franken für Aufwendungen für die Bildung dieser Trägerschaft vorgesehen. Der Restbetrag wird für Aufwendungen für die Vorbereitungen des WEF 2003 benötigt, unter anderem für die Erarbeitung eines Informations- und Kommunikationskonzeptes und für Aufwendungen für die Kantonspolizei.

Abstimmung

Für den Antrag der Kommission

98 Stimmen

Dagegen

0 Stimmen